

143

Kanzler-Etat und auswärtige Politik im Reichstag

Sitzung vom 20. März. Fortsetzung.

Am Bundesratsitz: der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg, Dr. Helfferich, Graf Riedern.

Der Etat des Reichskanzlers.

Die Aussprache über den Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei sowie für das Auswärtige Amt wird fortgesetzt.

Abg. Noke (Soz.) fortfahrend: In Russland wird befürchtet, Deutschland könne bei der Wiederherstellung des russischen Parisismus mithelfen. Diese Auffassung muß auch von deutscher amtlicher Stelle gerichtet werden. Der Reichskanzler muß erklären, daß Deutschland nicht daran denkt. Das Mißtrauen ist alt. Man denke an den Königsberger Prozeß schändlichen Angebens. Den Aufbruch der russischen Sozialisten in Kopenhagen hat die Zensurstelle des Auswärtigen Amtes zugelassen, er ist in der „Kölnischen Zeitung“ zu lesen. Die militärische Zensur hat seine Veröffentlichung nachträglich verboten. (Pfeil bei den Soz.) Man will sie mit allen Mitteln und mit aller Strenge verhindern. (Lebhafte Pfui-Rufe und Anstöße: Unerhört! bei den Soz.) Es scheint keine Rücksicht und Dummheit zu groß zu sein, die man nicht begehrt. (Zustimmung bei den Soz.) Der Appell war ja überflüssig, die deutschen Sozialdemokraten werden jeden Versuch, dem verurteilten Sozialismus beizuspringen, bekämpfen. (Zurufe bei den Soz.) Verbote haben die Vorgänge in Russland benutzen wollen, um möglichst weitgehende Eroberungsziele zu verwirklichen. Dem müssen wir nachdrücklich entgegenreten. Das Wort des Kaisers muß Geltung behalten: Uns treibt nicht Eroberungslust. Das russische Volk haben wir nie für den Krieg verantwortlich gemacht. (Beifall der Soz.) Seinen Freiheitskämpfen gilt unsere lebhafteste Sympathie. Mit Bewunderung und Verehrung denken wir der russischen Wärfreier, die jahrzehntlang unter dem zarischen Joche geschmachtet haben. (Beifall der Soz.) Falls in Russland die Stimmung für einen raschen Frieden wächst, dann erwarten wir von der Regierung, daß sie nichts unterläßt, was die Verwirklichung eines solchen dauernden Friedens mit dem größten Nachbarn im Osten ermöglicht. (Beifall links.)

Deutschlands innere Politik.

Dann deutsche Innerpolitische Fragen. Den Volksmassen muß endlich ihr Recht werden. Jedes Bögen kann den größten Schaden anrichten. Es heißt auf alles achten, was vorgeht, im Lande und in der Welt. (Sehr gut! links.) Eine Neugestaltung Europas, ja der Erde, ist im Werden. Aber es gibt Leute, die sich in unbegreiflicher Verblendung gegen jede Reform wehren. So wird nicht Weltgeschichte gemacht. (Beifall der Soz.) Die Reden im Herrenhaus wären bedeutungslos, wenn man nicht im Auslande glauben würde, das sei die Stimme Deutschlands. Sie waren ein Triumph der Feinde Deutschlands. (Zustimmung links.) Die Mißstimmung gegen Deutschland ist da und wirkt, wenn auch den westlichen Staaten manche Einrichtung noch recht reformbedürftig ist. (Lachen rechts.) Deutschland wird nicht mehr reaktionär regiert werden können, wenn es nun auch im Osten an eine Demokratie grenzen sollte. Der deutschen Sozialdemokratie hat die Entente schon öfters empfohlen, Revolution zu machen; die Befolgung dieses Rates hätte Deutschlands Niederlage, Not und Elend für uns bedeutet. (Sehr wahr!) Was wir in Deutschland zu tun haben, wissen wir selbst und erwägen es mit aller Ruhe. Uns empfehlen die französischen Sozialisten Revolution zu machen — sie selbst bewilligen ihrer Regierung, deren Kriegsziele bekannt sind, die Kriegskosten.

Wir haben früheres Unrecht nicht vergessen. Diese Erinnerung wird nicht durch ein paar verbindliche Redensarten ausgelöscht. Bei manchen Erscheinungen, die den Besitzenden nicht gefallen, mögen sie daran denken, daß sich die Sünden ihrer Väter rächen. Die Konfessionen wünschen Burgfrieden auf ewige Zeit — das könnte ihnen so passen! Der Burgfrieden sicherte vor allem die Besitzenden, die preussische Regierung hat auf ihn gepfiffen, als sie das Fei de ila in mich gesetzt einbrachte. Sobald das Vaterland gefährdet ist, ist es mit dem Burgfrieden vorbei! (Sehr richtig! bei den Soz. — Zurufe rechts: „Gott sei Dank!“) Dem Zentrum hat man die Aufhebung des Jesuitengesetzes zugelassen — gut; nach 2½ Jahren verspricht man den Polen Ermäßigungen über die Aufhebung des Enteignungsgesetzes. Ja, warum nicht im Großen reformieren, warum Unrecht, das man als solches erkannt hat, noch einen Tag weiter bestehen lassen? (Sehr gut! links.) Preußen hat bisher keine moralischen Eroberungen gemacht, es gefährdet vielmehr durch Ungehörigkeit und bösen Willen das Gute, was das Reich will. Ueber die schweren Fehler und das Unrecht in Elsaß-Lothringen wird noch zu reden sein; wir warnen aber vor einer Neuorientierung im Reichslande, die partikularistischen und dynastischen Interessen dient. Das deutsche Volk will nicht vergrößerte Einzelstaaten, sondern ein geeinigtes, geschlossenes Reich! (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Die Gegner der Neuorientierung.

Die Fehler im Ernährungswesen haben sehr ernste Mißstimmung im Volke hervorgerufen; möge die Regierung die bedauerlichen Vorfälle in Barmen, Hamburg und Magdeburg nicht leicht nehmen! Aber an politischen Reformen zur Hebung der Volkstimmung hindert uns nicht die Entente, — da sitzen die Gegner in eigenem Lande. (Zustimmung bei den Soz.) Wir können es nicht zugeben, damit bis nach dem Kriege zu warten. Nicht alles Notwendige kann heute schon geschehen, aber Vieles. Der Krieg hindert ja auch nicht daran, dem Volke neue, sehr drückende Steuern aufzupacken. Warum soll lediglich der Fortschritt unterbleiben und warum soll das allein in Deutschland der Fall sein? (Sehr wahr! bei den Soz.)

England dehnt sein Wahlrecht im Krieg aus. In dem Falle möge der Reichskanzler vom Feinde lernen. Warum befestigt man nicht sofort das Unrecht der Wahlkreiseinteilung? Die Verfassung schreibt eine Neueinteilung der großen Wahlkreise vor. Es wäre also keine Reform, sondern nur eine Nachachtung der Verfassung. Wenn die deutschen Staatsmänner sich auf die Kunst der Menschenbehandlung verstanden, gäbe es kein Dreiklassenwahlrecht mehr. Gätte man bei Kriegsbeginn mit einem Federstrich damit aufgeräumt, so hätte man im Lande und in der ganzen Welt moralische Eroberungen gemacht. Die Reform des preussischen Wahlrechts muß auch gegen den Willen der Landtagsmehrheit kommen. Eine großzügige Tat des Reichskanzlers auf diesem Gebiet würde den besten Eindruck bei den Volksmassen machen. Um ein paar Junter bei guter Ponne zu erhalten, sieht er statt dessen zu, wie der Unmut der Volksmassen wächst. Das ist verhängnisvoll. Wenn er dabei verharret, dann müssen wir befürchten, daß für ihn kein anderes Wort gelten wird: Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt!

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Up.):

Das russische Volk will offenbar Frieden, aber die englischen Drahtzieher in Petersburg nicht. Es wäre zu begrüßen, wenn die deutsche Regierung erklärte, daß sie nicht daran denkt, in die innerpolitischen russischen Dinge einzugreifen, insbesondere nicht für den Zarismus, was ja auch die größte Torheit wäre. Unbegreiflich ist das Verbot des Friedensantrufs der russischen Sozialisten durch den Polizeipräsidenten in Magdeburg; was jagt das Auswärtige Amt dazu? (Sehr gut! links.) Die amerikanische Regierung weiß, daß die Seesperrung heute eine unabänderliche Tatsache ist. Was andere müssen wir ihr überlassen, so sehr wir es bedauern, daß zwei so eng verwandte Nationen in den Kampf hineingezogen werden sollen. (Sehr wahr! links.) Entsprechen unsere inneren Zustände der großen Zeit? Die feudale Mehrheit des preussischen Herrenhauses hat dem deutschen Volke den Fehdehandschuh hingeworfen, ein Pronunciamento der alten Privilegierten gegen die neue Zeit wurde ausgesprochen, das beweist der rauchende Beifall und die geradezu devote Huldigung zur Rede des Grafen Yorck. Gestern hat Herr v. Kleist versucht, die Rede Yorcks auf den Berliner Antichronen herunterzuziehen (Seiterkeit), aber diese Vorbilder des Herrn v. Kleist haben viel mehr Witz als er, das beweist ihr Vergleich der Rosselenkerguppen am Lustgarten als „geförderter Rückschritt“ mit dem Herrenhaus und als „gehämmerter Fortschritt“ für das Abgeordnetenhaus, das nach der Anschauung der Herrenhausredner allerdings geradezu ein revolutionärer Wohlstandsausbruch ist. (Seiterkeit.) Es war doch sehr unvorsichtig, daß Graf Yorck sich als Präceptor aller deutschen Parlamente aufspielte und deren Zusammenkünfte mit den Fürstentischen verglich. Denn in den Augen des deutschen Volkes ist der Wert dieser Zusammenkünfte auf Null herabgesunken, da sie zur Täuschung der Völker, vor allem des deutschen, und zur Einbreitung Deutschlands dienen, ohne daß freilich die deutschen Diplomaten etwas davon merken. (Sehr gut!) Gerade die geschickt geleiteten franko-englischen Parlamentarier zum ammentzungen waren die beste Vorbereitung des Ententebündnisses; unsere deutsche Staatskunst dagegen hat es so schlecht verstanden, auf dem parlamentarischen Instrument der öffentlichen Meinung zu spielen, daß z. B. trotz fünfundsiebzigjährigen Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn erst jetzt viele Irrtümer beseitigt werden müssen, die hätten vermieden werden können, wenn die Parlamente beizeiten in Fühlung miteinander gekommen wären. In der Herbeiführung solcher Zusammenkünfte liegt ein besonderes Verdienst unseres jetzigen Reichstagspräsidenten. (Beifall.)

Das angebliche Parlamentsherr.

Jetzt spielt man auch wieder die Affäre Sabern aus. Wie war es denn? Hat nicht das Parlament glänzend recht bekommen? Die Militärgewalt wollte sich klaren Gesetzen nicht fügen, aber die von uns bekämpften Verordnungen sind schließlich beseitigt. Wir haben damals ebenso zum Schutz der Sicherheit der Staatsbürger gekämpft, wie bei der Verwirklichung des Schutzhafengesetzes. Im vorigen Sonnabend hat der Kriegsminister selbst im Interesse der deutschen Armee gebeten, die Grausamkeiten des Militärfestsetzungsgesetzes herabzusetzen. Es ist ein Frevel, solche alten Streischnen wieder auszugraben und zu Parteizwecken zu mißbrauchen und zu fälschen.

Was haben wir denn an neuen parlamentarischen Ermirungenschaften zu verzeichnen? Bedächtig die kleinen Anfragen. Diese erfreuen sich steigender Beliebtheit und werden sogar von der Rechten, die anfänglich streikte, benutzt. Im übrigen haben wir sogar unser eigenes Gesetzgebungsrecht aus Vaterlandsliebe am 4. August 1914 dem Bundesrat übertragen, weil der Reichstag das Verständnis für verwickelte politische Sachlagen hat. Letztendlich ist es nicht, wenn man die Verdienste einzelner bevorzugter und im preussischen Herrenhaus verankelter Familien aufdringlich unterstreicht. Die „Kreuzzeitung“-Berächtigung, daß einzelne Reichstagsparteien für die Kredite gestimmt hätten, weil der verantwortliche Staatsmann ihnen allerdings unklare Zusicherungen gemacht hat, bei denen die Freunde des Königtums bange Sorge beschleicht, weisen wir mit aller Schärfe zurück. Daß man die in feierlichem Ton erlassene Thronrede des Königs als eine wertlose Kompilation und eine Wortübung der Minister bezeichnet, beweist die Geltung des Wortes: Unser König absolut, wenn er unsern Willen tut“. Im andern Fall sprechen die pseudo-konfessionellen Herren so verächtlich, wie das gestern Graf Noor im Herrenhaus getan hat.

Graf Yorck hat immer den englischen Sochadel als Vergleich herangezogen. Der englische Sochadel hat jedoch stets Lug die nötigen Zugeständnisse gemacht und deshalb die politische Führung des englischen Volkes auch in der aufgerichtetsten Zeit behalten. Ganz anders der preussische Sochadel. Je wunderbarer die herrlichen Opfer unseres Volkes Herz und Gemüt erfreuen, desto unerschütterlicher ist sein zähes Festhalten an alten Vorrechten und seine verständnislose Weigerung, der Zeit irgendwelche Konzessionen zu machen. Nur herbe Kritik hat man für die Vertretung dieses Volkes. Kein Minister findet dagegen ein Wort. Scharlemer, der Stieling des Abgeordnetenhauses, schwieg sogar, als dieses als eine — revolutionäre Korporation bezeichnet wurde. Er hat ja schon manche Fensterhebeln vor Gott und den Menschen eingeschmissen. Es wird jetzt immer mehr Sitte, sich Leumundsatteife unserer populärsten Heerführer ausstellen zu lassen. Das wird allmählich zum gefährlichen Unfug. Die Abkonterverschöpfung zeigt, wie die Maulwürfe ad majorem gloriam gewisser Hinterkontinentalen arbeiten. Unsere beiden großen militärischen Autoritäten sollte man außerhalb des Lageskreises stellen. Eine Art Ver Jehooah wäre am Plage! (Seiterkeit.)

Die Rede des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaus bindet nicht nur den Mann, sondern auch die Regierung, die Krone und den Nachfolger des Reichskanzlers. Er muß dabei auch die volle Ueberzeugung gehabt haben, daß er die Kraft und den Rückhalt besitzt, seine Zusagen auch durchzuführen. Selbstverständlich steht das ganze preussische Staatsministerium hinter dieser Rede (Seiterkeit), deren Wirkungen nach allen Seiten sehr gute waren. Wer weiß, daß alle diese Dinge, auch diejenigen, die sich um den U-Boot-Krieg rankten, in letzter Linie zurückzuführen waren auf die Angst vor der sogenannten Neuorientierung (kürzliche Unterbrechung rechts, zahlreiche und immer wieder einkehrende Rufe: „Unerhörte Unterstellung!“ — Präsident Dr. Kaempf: Der Redner wollte das Haus gewiß nicht beleidigen. — Andauernde Unruhe rechts.) Wer die offenen und geheimen Widerstände kennt, kann sich über die Wirkung der Kanzlerrede vom 14. März im Lager der „Pseudokonfessionellen“, um mit Oktaio v. Jedlik zu sprechen, nicht wundern. Was man zuerst im Hotel Adlon und in den berühmten Ausschüssen nur geheimnisvoll raunte und verschwörerhaft anstaltete, das kam jetzt in aller Offenheit ans Tageslicht. Es sollte nur noch die Aufzodernung, den „gem eingeführten Volkstribunen“ — nämlich Herrn v. Bethmann Hollweg — einfach niederknallen. (Rufe rechts: Unerhört!) — Die von Noke und Niederrath wurde hier nach

losgefallen. Wir begrüßen es, daß der Ministerpräsident die preussische Wahlrechtsfrage in den Vordergrund gestellt hat; niemand könnte Preußen nieder demütigen, als der, der bezweifeln wollte, daß diese Frage die große deutsche Frage ist. Der jetzige König von Bayern hat schon vor dem Kriege unter Zustimmung der konservativen bayerischen Reichsratskammer erklärt, das Volk sei reif für das allgemeine und direkte Wahlrecht. Wollten Sie dem preussischen Volke die Schande und Schmach antun, zu sagen, es stehe politisch tiefer als das Volk in Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen, die dieses Wahlrecht haben? Ein Jubel ginge durch das deutsche Volk, wenn der König von Preußen sagen würde: „Ich kenne keine politische Degradierung des preussischen Volkes mehr, ich kenne nur politisch gleichberechtigte und deutsche Staatsbürger!“ (Beifall links.) Bei der langen Dauer der Kriege wird die Einhaltung eines gewissen Burgfriedens auf diesem Gebiete zur Unmöglichkeit. Wehe denen, die die Zeit verfluchen! Die großen inneren Umwälzungen in Russland und auch in England können wir nicht als ungeschehen ansehen. Die Nichtbeachtung der jetzigen Gelegenheit kann für das Reich und die Bundesstaaten unabsehbare Folgen zeitigen. — Wie steht es mit der freien Bahn für jeden Tüchtigen? Der häßliche Dissidentenerlaß gegen Offiziere ist bis heute nicht zurückgenommen, die alle Abkufung der Regimenter fängt wieder an, die Ober- und Regierungspräsidenten werden weiter ganz erlosch ausgeführt.

Die Wirkung des Belagerungsstandes.

Sehen Sie doch wenigstens den zweiten Personaldezernenten im Auswärtigen Amt auf, den Wächter des eisernen Ringes der Feudalen, damit man den guten Willen nicht! Unenträglich ist die Militärabsolutismus des Belagerungsstandes. Die politische Zensur ist abgeschafft — in Russland; bei uns besteht sie ärger als je. Das Bereinigungsgesetz ist ein wertvoller Papierfetzen geworden, die Gewerkschaftsnovelle hat man illusorisch gemacht, sogar der Briefwechsel zwischen Abgeordneten wird nach Kriegsausbruch nicht und das Schutzhafengesetz vollständig ignoriert. Wir haben jahrelang über all das geschwiegen, aber wir müssen jetzt reden, da die große Stimmung, die wir zu dem Schlußakt in dem großen Drama brauchen, unter der Mißstimmung leiden würde. (Sehr wahr! links.) Nichts hat uns im Auslande in der Vergangenheit mehr geschadet, als die Ausschreitungen einer ungezügelter Militärgewalt, als der Ansehen eines militärischen Absolutismus. Es muß alles vermieden werden, um dem Auslande wieder einen solchen Glauben beizubringen. Herr v. Scharlemer sagte freilich, der militärische Absolutismus habe Preußen und Deutschland groß gemacht. (Sehr richtig! rechts.) Also auch nach Ihrer Meinung? (Rufe rechts: Jawohl!) Das sprach Scharlemer genau zu der Stunde, als der größte Militärabsolutismus, den die Weltgeschichte jemals sah, wie ein Kartenhaus zusammenfiel. (Lebhafte Zustimmung links.) Die allgemeine Wehrpflicht hat Preußen und Deutschland dreimal vom Untergang gerettet; nicht militärischer Absolutismus, Willkür und Negation jeden Rechts, sondern die organisierte deutsche Volkskraft. (Zustimmung links. — Einige Gegenrufe rechts.) Der preussische Landwirtschaftsminister gibt unseren Feinden selbst Waffen in die Hand. Der Reichskanzler sollte ihn mindestens zu größerer Vorsicht ermahnen. Gegenüber unserem Schmerzenskind Elsaß-Lothringen dürfen wir nicht in Zweifel lassen, daß wir die dortigen Verhältnisse glücklicher gestalten wollen. Das Volk ist dort gut deutsch. Das Vertrauen zum deutschen Wesen müssen wir heben und stärken. Die künftige Regelung darf nicht im Interesse einseitiger partikularistischer Interessen erfolgen, der große Krieg darf nicht mit einer Art von Reichsdeputationshauptschluß enden.

Das Volk sieht die verschiedenen Temperaturen und Atmosphären von der Prinz-Albrecht-Straße und vom Königsplatz. Mit der Zeit muß es davon krank werden. In einem sind wir alle einig, im restlosen Vertrauen zu diesem herrlichen opferwilligen Volke. (Beifall.) In dem neuen Deutschland, das ganz anders aussehen wird, als es die Zukunft der staatsverwaltenden Erbpächter des Patriotismus von früher gelehrt hat, muß der Autokratenglaube gewisser Klassen, das Mandarinenwesen, der Klassenhinter, der Rassengeist und die patriarchalische Begünstigung einem gegenseitigen Vertrauen und gegenseitiger Achtung weichen. Der Reichskanzler will ein stärkeres, mächtigeres und freieres Deutschland schaffen. Optimistisch hat er hinzugefügt, ganz Deutschland sei in diesem Gedanken einig. Aber bezüglich der Freiheit im Innern will eine kleine und mächtige Partei sich in vermessenerm Troke der Zeit entgegenstellen. Für die Stärke und Macht des zukünftigen Deutschland sorgt un'er herrliches Volksherr, dem die glühendste und fleißte Dankbarkeit des ganzen Volkes sicher ist. Für die Freiheit zu sorgen, ist die heilige Pflicht der Volksherr und der Volksvertretung. Wir müssen das deutsche Haus so wohlwollig machen, daß dadurch der Siegeswille und das Bewußtsein des Durchhaltens um jeden Preis bei unseren Brüdern im Felde gestärkt wird. Nicht durch Taten des Krieges, nein, durch Taten ausdauernder friedlicher Kulturarbeit wollen wir dann der ganzen Welt beweisen: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen. Das wolle ein gültiges Schicksal. (Stürmischer wiederholter Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (ntb.):

Dem Jubel über unseren strategischen Rückzug im Westen ist bei unseren Gegnern Unruhe und Besorgnis gefolgt. Ob es vorwärts oder rückwärts geht, wir bewahren das Gefühl vollkommener Zuversicht, wie es uns der Name Hindenburg verleiht. Die Mitteilungen des Marinesekretärs von Capelle über die Wirkungen des U-Bootkrieges erfüllen uns mit Freude. Geht es so weiter, dann steht bei längerer Fortdauer des Krieges für England der Verlust der ganzen für Handelszwecke überhaupt verfügbaren Flotte auf dem Spiele. Die Verluste an rein englischen Schiffen wachsen, die neutraler Verluste gehen prozentual zurück. Die mittelbaren Wirkungen des U-Bootkrieges machen sich fühlbar. Die Hochstrafen des Welthandels werden einsamer und England, das sich unangreifbar fühlte, spürt die Gefahren seiner Isolation, und es muß ihm die letzte Hoffnung schwinden, uns wirtschaftlich zusammenbrechen zu sehen. Die gleiche Einsicht muß ihm auch auf militärischem Gebiet kommen. Größer als Deutschland ist das heute von deutschen Truppen besetzte Gebiet. Der Angriff auf Homburg und Kiel ist ein Traum geblieben, aber deutsche Seestreitkräfte sieht man an Englands Küsten, deutsche Luftschiffe schweben über England. Der Name des Schöpfers dieser Waffe, des Grafen Zeppelin, wird auf immer mit dem Kampf gegen England verbunden sein. Er hat den englischen Dunkel der Unangreifbarkeit zerstört und bietet ein Bild deutscher Beharrlichkeit und wird ihnen ihn als einem Großen über das Grab hinaus die Ehre werden.

Durch den unbedachten U-Bootkrieg ist eine schwierige Lage für die neutralen Mächte geschaffen worden, über sie ist nicht durch uns zu sprechen, er wird vermieden werden, wenn die Neutralen durch ihren Zusammenfluß die volle rechts-